

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Dienstag, 30. Juni 2015

Verfasser: Christoph Ziegler

### **Ja zum nationalen Innovationspark - Teilrevision des kantonalen Richtplans** (Barbara Schaffner)

Innovation kann nicht erzwungen werden. Aber Innovation kann ermöglicht und gelebt werden. Ein Innovationspark im Raum Zürich ergibt eine hohe Dichte von Möglichkeiten (spontane Treffen, Möglichkeiten verschiedene Analysemethoden zu nutzen, kurzfristige Kollaborationen etc.). Die Forderung nach einer hohen Dichte von Möglichkeiten für Forscher und Entwickler erfordert zwangsläufig eine Konzentration des Angebots. Deshalb soll der Innovationspark Firmen vorbehalten sein, die miteinander und zusammen mit unseren Hochschulen neue Produkte erschaffen und so den Wirtschaftsraum Zürich stärken. Die Grünliberalen stehen voll hinter dem Innovationspark.

Nach der Eintretensdebatte diskutierte der Kantonsrat stundenlang über die eingebrachten 14 **Minderheitsanträge**. Dazu äusserten wir uns wie folgt:

Ein Referendum, wie es die SVP fordert, lehnen wir klar ab. Ein Referendum (trotz klarem Kantonsratsbeschluss) wäre ein falsches Signal in Bern und würde den Innovationspark unnötig verzögern.

Das Korsett der Etappierung des Planungssperimeters lehnen wir ab. Dieser Minderheitsantrag, der von „unserer“ Barbara Schaffner (glp) eingereicht wurde, wird zuerst angenommen. Weil aber die SP den Antrag nicht verstanden hatte, wurde die Abstimmung wiederholt und unser Antrag leider schliesslich doch abgelehnt.

Ein ziviles Flugfeld ist nicht Teil dieser Vorlage, weshalb wir ein solches nicht jetzt festlegen wollen. Weder verhindert der Innovationspark eine spätere Nutzung für die zivile Aviatik, noch fördert er sie. Wir lehnen deshalb den Minderheitsantrag der SVP ab. Es ist aber klar – und wir weisen immer wieder darauf hin – dass wir uns gegen die Zivillfliegerei einsetzen.

40% Wohnanteil zu fordern, lehnen wir ab. Es ist nicht einzusehen, wieso zwischen, über oder neben Labors und Büros Wohneinheiten eingestreut werden sollen, welche die Dichte von Kontaktmöglichkeiten zwischen Entwicklern und Forscherinnen ausdünnen. Die Forderung ist völlig quer – und reiner Wahlkampf.

Bildung, Forschung und Innovation sind eng verknüpft. Situativ wird es sicher Sinn machen, wenn gewisse Labors und Institute sich auf dem Innovationspark ansiedeln. Trotzdem sollte die Ansiedlung von Bildungseinrichtungen nicht speziell gefördert oder gefordert werden. Ganze Bildungseinrichtungen braucht es nicht.

Eine gute ÖV-Anbindung ist gewährleistet. Für die praktische Umsetzung ist ein festgesetzter ÖV-Anteil auf dem Gelände ein Albtraum. Die für Sanktionen nötigen Zählungen zum Beispiel wären extrem schwierig. Wir lehnen diesbezügliche Minderheitsanträge ab.

Der Innovationspark ist sicher nicht der unmittelbare Auslöser von Auto-Mehrverkehr. Es soll also auch kein Satz im Richtplan festgeschrieben werden, dass es wegen dem Innovationspark einen Ausbau der Glattalautobahn braucht. Trotzdem wird ein entsprechender Antrag der FDP angenommen.

Die SVP will den Heliport auch für zivile Fliegerei nutzen können. Mit der Ablehnung dieses Minderheitsantrags tragen wir den Bedenken der umliegenden Gemeinden Rechnung. Auch die anderen Minderheitsanträge betreffend Fliegerei unterstützen wir nicht.

Die Minderheitsanträge werden abgelehnt, was fast immer in unserem Sinne ist. Wir stimmen der Teilrevision des kantonalen Richtplans und damit einem Innovationspark in Dübendorf zu.

### **Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf** (Barbara Schaffner)

Der Regierungsrat hat das Postulat ausführlich beantwortet, weshalb es abgeschrieben werden kann. Wir unterstützen den Regierungsrat in seiner Haltung gegen die zivilaviatische Nutzung in Dübendorf.

### **Wahl des Präsidiums und der Mitglieder des Bankrats ZKB und des Verwaltungsrats der EKZ**

Trotz Protest der SVP gegen einen Kandidaten der SP werden die Mitglieder des Bankrates ZKB gewählt. Unsere Mitglieder (Anita Sigg ZKB und Martin Bäumle EKZ) sind natürlich unbestritten.

Mit Anita Sigg stellen wir aktuell die einzige Frau im Bankrat. Die SP brachte es nicht fertig, nach dem Rücktritt ihrer Liliane Waldner eine kompetente Frau vorzuschlagen und trägt so zum ärgerlich tiefen Frauenanteil bei, obwohl die SP hier die Möglichkeit zumindest zur Erhöhung des Frauenanteils gehabt hätte, den sie immer fordert. Im konkreten Fall war dann plötzlich nicht mehr von „ausgewogener Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten“ die Rede, nachdem die SP (mit unserer Unterstützung) genau das mit einem Vorstoss gefordert hatte. Anscheinend ist es einfacher, ein Konzept zu verlangen statt Taten folgen zu lassen.

### **Reglement über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die ZKB (Daniel Hodel)**

Nicht nur das Reglement, sondern auch die so definierte Abgeltung ist grundsätzlich überflüssig. Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass es eine Abgeltung der Staatsgarantie unter den bestehenden Parametern nicht braucht, schliesslich sind wir die einzigen Eigentümer. Vielmehr braucht es auch in Zukunft eine weiterführende Debatte darüber, welche Bank dieser Kanton als Eigentümer haben will und wie die Risiken zu verteilen sind. Dafür werden wir uns einsetzen. Wir Grünliberalen sind mit den Arbeitsergebnissen, welche die Spezialkommission ZKB hervorgebracht hat, nicht zufrieden. Dies zeigen wir mit Stimmenthaltung zu diesem Geschäft, welches trotzdem von der Ratsmehrheit angenommen wird, auch wenn niemand damit so recht zufrieden scheint.

### **Beiträge aus dem Lotteriefonds für Leistungen im Bereich Naturbildung (Michael Zeugin)**

Wir Grünliberalen unterstützen den Antrag, dass Beiträge aus dem Lotteriefonds für die Naturbildung gesprochen werden, wir setzen uns sogar mit unserem Minderheitsantrag auf 1.5 Mio pro Jahr durch, wie sie von der Regierung zwar vorgeschlagen, von der vorberatenden Kommission aber abgelehnt wurden.

Die bestehenden 4 Naturzentren werden so in der Erfüllung ihrer Aufgaben gestärkt. Diese Aufgaben sind für den Erhalt der Lebensqualität sehr wichtig. Beim Aufbau eines neuen Zentrums soll man Bestehendes nützen. Ein geeigneter Standort könnte deshalb das Bruderhaus in Winterthur sein, weil dabei auf bereits bestehenden Strukturen und Aktivitäten aufgebaut werden kann.

Christoph Ziegler

